

Kantonsrat

Eingegangen: 5. Januar 2011/1

SP/AL Fraktion

Martina Munz
Fernsichtstrasse 21
8215 Hallau
munz@shinternet.ch

K-Nr. RR. 578

An den Regierungsrat
des Kantons Schaffhausen
Regierungsgebäude
8201 Schaffhausen

Hallau, 4. Januar 2011

Kleine Anfrage 2011/1

Atommüll verursacht hohe Kosten für die Region

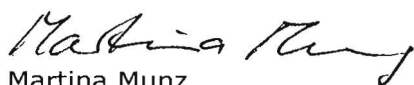
Die Region Schaffhausen ist betroffen von zwei möglichen Standorten für ein Atommüll-Endlager: Benken und Südranden. Der Aufwand des Kantons und der Standortgemeinden für die Bewältigung der Aufgaben im Zusammenhang mit diesem „frommen Wunsch“ der Nagra ist sehr hoch. Das nötige Fachwissen muss aufgebaut werden, es werden Stellungnahmen verlangt, Expertisen werden nötig, die Öffentlichkeitsarbeit nimmt mehr Zeit in Anspruch, es braucht Begleitgremien und die vielen Sitzungstermine verschlingen zusätzlich personelle Ressourcen. Das alles verursacht Kosten in nicht geringem Ausmass. Bereits die Studie einzig zur Abschätzung der sozio-ökonomischen Effekte im Kanton Schaffhausen hat einiges gekostet.

Der zeitliche Druck, den die Nagra und das BfE (Bundesamt für Energie) aufbauen, ist enorm. Bereits beim Anhörungsprozess Etappe 1 mussten die Milizbehörden in nur drei Monaten 16 Fachberichte lesen, verstehen und dazu Stellung nehmen. Gleichzeitig haben bereits die Vorbereitungen für das Partizipationsverfahren begonnen. Unser demokratisches System mit Laienbehörden wird mit diesem Zeitdruck überfahren. Wir laufen Gefahr, dass dadurch die Informationen der Nagra zu wenig seriös hinterfragt werden. Ausserdem sind wir wider Willen in ein Verfahren einbezogen worden, das wir ganz und gar nicht gesucht haben.

Fragen an den Regierungsrat:

1. Wie hoch sind die ungefähren Kosten, die dem Kanton Schaffhausen und den Schaffhauser Gemeinden bis heute durch bisherigen Evaluationsprozess den provisorischen Standortbeschluss für ein Atommüll-Lager Südranden oder auch Benken entstanden sind inkl. Personalaufwand von kantonalen und kommunalen Angestellten?
2. Welche Kosten werden für die Zukunft bis zu einem Standortbeschluss erwartet?
3. Welche dieser Kosten werden entschädigt? Woher stammen die Mittel dieser allfälligen Entschädigungen und an welche Auflagen sind sie gebunden?
4. Den NGO (Umweltverbände, Widerstandsorganisationen usw.) wurden Entschädigungen versprochen, da sie wichtige Aufgaben in der Öffentlichkeit wahrnehmen. Wann und in welcher Höhe werden solche Entschädigungen ausgerichtet?
5. Welche von der Atomwirtschaft unabhängigen und den Prozess unterstützenden Massnahmen sind nötig und vorgesehen, damit die Behörden, politischen Parteien und NGO alle ihre Aufgaben bezüglich Atommüll-Lager seriös erfüllen können?

Besten Dank für die Beantwortung meiner Fragen.



Martina Munz